

Power Purchase Agreement

Vertrag über die sonstige Direktvermarktung von Strom aus Erneuerbaren Energien

zwischen

[...]

im Folgenden: – **Lieferant** –

und

Arverio Baden-Württemberg GmbH

vertreten durch

Stefanie Petersen (CCO), Arno Beugel (COO), Peter Recht (CTO)

Rotebühlplatz 21-25

70178 Stuttgart

im Folgenden: – **Käufer** –

im Folgenden auch gemeinsam: – **Parteien** –

Inhaltsverzeichnis

1.	Präambel.....	3
2.	Gegenstand des Vertrages.....	3
3.	Stromlieferung.....	3
4.	Lieferbeginn, Verzögerungen des Lieferbeginns	4
5.	Anlagenverfügbarkeit, Anlagenbetrieb.....	5
6.	Lieferunterbrechungen	5
7.	Messung, Datenübertragung	6
8.	Fernsteuerung.....	6
9.	Umwelteigenschaft des Stroms	6
10.	Pflichten des Käufers	7
11.	Vergütung	8
12.	Abrechnung, Verzug, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht.....	8
13.	Haftung für Schäden	9
14.	Höhere Gewalt	9
15.	Vertragsbeginn, Vertragsdauer.....	9
16.	Außerordentliche Kündigung	10
17.	Rechte wegen Störung der Geschäftsgrundlage	11
18.	Rechtsnachfolge	11
19.	Datenschutz	11
20.	Lieferkettensorgfaltspflicht.....	11
21.	Vertraulichkeit	12
22.	Gerichtstand.....	12
23.	Schlussbestimmungen	12

1. Präambel

- 1.1 Der Lieferant erzeugt in denjenigen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, die im Rahmen des Angebots benannt wurden, (nachfolgend: die **Erzeugungsanlagen**) Strom aus EE. Für diese Strommengen wird keine Förderung nach dem EEG bezogen.
- 1.2 Der Käufer nimmt den nach Absatz 1.1 erzeugten Strom zum Zwecke des Verbrauchs ab und zahlt dafür eine Vergütung nach Absatz 12.1 dieses Vertrages an den Lieferanten.
- 1.3 Für die erzeugten und vom Käufer bezogenen Strommengen werden Herkunftsnachweise (folgend: **HKN**) dem Käufer ausgestellt.
- 1.4 Die Einspeisung der Energie in das Netz soll vom Käufer bzw. von dem vom Käufer beauftragten Hauptstromlieferant fernsteuerbar sein, so dass bei negativen Spotpreisen und Spottmarktpreisen von Null Euro/Cent die Einspeisung ins Netz abgeschaltet wird.
- 1.5 Optional soll der Lieferant die Energie bei niedrigen Spotpreisen in einem Batteriespeicher zwischenspeichern können.
- 1.6 Voraussetzung für die Erfüllung dieses Vertrags ist, dass der Lieferant einen Direktstromliefervertrag mit dem Hauptstromlieferant des Käufers geschlossen hat.

2. Gegenstand des Vertrages

- 2.1 Vertragsgegenstand ist die Lieferung von Strom aus der Erzeugungsanlage an den sowie die Abnahme und Bezahlung des Stroms durch den Käufer zu dem für die Laufzeit dieses Vertrages fest vereinbarten Preis. Die Abnahme des erzeugten Stroms soll dabei im Bilanzkreis des vom Käufer benannten Hauptstromlieferanten erfolgen. Gegenstand dieses Vertrages ist ferner die Pflicht zur Übertragung von Herkunftsnachweisen für die an den Käufer gelieferten Strommengen sowie die Übertragung etwaiger anderer Vorteile aus der grünen Qualität des erzeugten Stroms.
- 2.2 Die für die Durchführung dieses Vertrages wesentlichen technischen und wirtschaftlichen Angaben zur Erzeugungsanlage (nachfolgend: **Basisdaten**) ergeben sich aus dem Angebot des Lieferanten sowie den im Rahmen des Vergabeverfahrens mitgeteilten Informationen. Die Parteien sind sich darüber einig, dass die Basisdaten für die Bildung des Strompreises nach diesem Vertrag wesentlich sind.
- 2.3 Plant der Lieferant Änderungen der Anlage, die Einfluss auf die Annahmen haben, die den Basisdaten zugrundeliegen, ist dies dem Käufer rechtzeitig vor der Änderung anzuzeigen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Änderung gesetzlich geboten ist oder auf einer unternehmerischen Entscheidung des Lieferanten beruht. Änderungen der Anlage, die sich auf die Leistung der Anlage auswirken bedürfen der Zustimmung des Käufers.

3. Stromlieferung

- 3.1 Der Lieferant liefert während der Dauer dieses Vertrages den gesamten in den jeweiligen Erzeugungsanlagen tatsächlich erzeugten Strom an den vom Käufer („Gesamtbelieferung“) benannten Bilanzkreis des Hauptstromlieferanten. Der Lieferant darf den erzeugten Strom zu Zwecken der Eigenversorgung der Erzeugungsanlage – jedoch nicht für weitere Verbraucher – nutzen.
- 3.2 [Für „Pay as Produced“:] *Die Lieferung einer bestimmten Menge oder einer bestimmten Struktur ist bei der Lieferart „Pay as Produced“ nicht vereinbart. Vielmehr liefert der Lieferant den Strom so wie produziert. Der Lieferant ist verpflichtet, die technische Verfügbarkeit der Erzeugungsanlage/n in dem in Ziff. 5. dieses Vertrages geregelten Umfang sicher zu stellen.*

[Für „Pay as Forecasted“:] *Bei der Lieferart „Pay as Forecasted“ ist eine bestimmte Jahresmenge oder bestimmte Jahresstruktur nicht vereinbart. Der täglich bis 9:30 Uhr zu liefernde Fahrplan ist dem Hauptstromlieferanten zuzusenden und mengenggenau und Zeitgenau einzuhalten. Bei Abweichungen können Pönalzahlung nach den Vorgaben des Hauptstromlieferanten fällig werden.*

- 3.3 Der Lieferant liefert den Strom bis zum Übergabepunkt in den vom Käufer benannten Bilanzkreis. Übergabepunkt ist die vom Netzbetreiber zugewiesene Marktlotation (MaLo) der Erzeugungsanlagen. Der Lieferant teilt dem Käufer die Marktlotation unverzüglich schriftlich mit, sobald diese feststeht. Er stimmt der Zuordnung der Marktlotation zu dem vom Käufer benannten Bilanzkreis zu. Mit der Übergabe des Stroms an der Marktlotation geht die Gefahr auf den Käufer über.
- 3.4 Der Lieferant darf Strom aus anderen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien nur mit Zustimmung des Käufers über eine gemeinsame Messeinrichtung an dem der Erzeugungsanlage zugewiesenen Netzverknüpfungspunkt in das Netz einspeisen. Der Käufer wird die Zustimmung in der Regel erteilen, wenn der Strom aus den anderen Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien demselben Bilanzkreis zugeordnet werden kann, wie der Strom aus der/den vertragsgegenständlichen Anlagen oder wenn die Abgrenzung der Strommengen durch eine Messung sichergestellt ist, die den geltenden Rechtsvorschriften sowie den geltenden Festlegungen der Bundesnetzagentur entspricht.
- 3.5 Der Lieferant sorgt dafür, dass der Käufer oder ein vom Käufer beauftragter Dritter, insbesondere der Hauptstromlieferant des Käufers, die Möglichkeit der Fernsteuerung der Anlagen hat. Im Falle Strompreise kleiner gleich Null oder bei Teilnahme am Regelenergiemarkt, inkl. Redispatch 2.0.-Maßnahmen, hat der Käufer oder ein vom Käufer beauftragter Vertreter die Möglichkeit der zügigen Abregelung der Anlage. Die Anlagen müssen fernsteuerbar sein. Der Netzbetreiber muss soweit technisch möglich die Einspeiseleistung bei Netzüberlastung ferngesteuert reduzieren sowie die jeweilige Ist-Einspeisung abrufen können. Der Lieferant ist verpflichtet, die technischen Vorgaben für die Fernsteuerbarkeit der Anlagen mit dem Käufer oder einem vom Käufer beauftragten Vertreter abzustimmen.
- 3.6 Zur Lieferung des Stroms über den Bilanzkreis des Hauptstromlieferanten an den Käufer muss der Lieferant bei der Lieferart „Pay as Produced“ einen Direktvermarktungsvertrag mit dem jeweils zuständigen Hauptstromlieferanten abschließen. Die Dienstleistungsentgelte, die dem Lieferanten aus dem Direktvermarktungsvertrag in Rechnung gestellt werden, übernimmt der Käufer.

Bei der Lieferart „Pay as Forecasted“ muss der Direktvermarkter einen Vertrag mit dem Hauptstromlieferanten über die Einspeisung des elektrischen Stroms abschließen. Dienstleistungsentgelte, die beim Anlagenbetreiber oder Direktvermarkter anfallen, werden vom Käufer nicht übernommen.

4. Lieferbeginn, Verzögerungen des Lieferbeginns

Vertraglicher Lieferbeginn ist der 01.01.2027. Bei Neuanlagen gilt abweichend der Tag der Inbetriebnahme der Anlage, die im Jahr 2027 erfolgen muss. Vor Aufnahme der Belieferung hat der Lieferant folgende Liefervoraussetzungen zu erfüllen und dem Käufer oder dem vom Käufer beauftragten Vertreter auf Verlangen nachzuweisen:

- a. Der Lieferant ist berechtigt, die für die Errichtung der Erzeugungsanlage einschließlich Kabeltrasse und Zuwegungen bestimmten Grundstücke für die Dauer dieses Vertrages zu nutzen.

- b. Die Erzeugungsanlagen wurden im Einklang mit öffentlich-rechtlichen Vorschriften und den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet.
- c. Die Erzeugungsanlage ist im Einklang mit den allgemein anerkannten Regeln der Technik an das Netz angeschlossen; sie verfügt über die erforderliche Messtechnik und die erforderlichen technischen Einrichtungen zur Steuerung der Einspeiseleistung.
- d. Der Lieferant hat die für die Erzeugungsanlage erforderlichen Meldungen bei der Bundesnetzagentur vorgenommen.
- e. Der Lieferant hat ein für die Übertragung von Herkunftsnachweisen erforderliches Konto beim Herkunftsnachweisregister des Bundesumweltamtes eingerichtet.
- f. Die Erzeugungsanlage wurde zu dem vom Käufer nach Ziff. 3.3. dieses Vertrages benannten Bilanzkreis angemeldet.

5. Anlagenverfügbarkeit, Anlagenbetrieb

Der Lieferant wird die Maßnahmen ergreifen, die aus der Sicht eines ordentlichen Kaufmanns erforderlich sind, um die technische Verfügbarkeit der Erzeugungsanlage aufrecht zu erhalten. Insbesondere wird er die Erzeugungsanlage warten, Betriebsunterbrechungen zügig beheben, die Stromproduktion kontrollieren sowie die Erzeugungsanlage in geschäftsüblichem Umfang versichern.

6. Lieferunterbrechungen

- 6.1 Über geplante Unterbrechungen des Regelbetriebes mit wesentlichen Auswirkungen auf die Stromproduktion, insbesondere in Wartungsfällen, wird der Lieferant den vom Käufer angegebenen Ansprechpartner unverzüglich, spätestens jedoch bis 8:00 Uhr des der Unterbrechung vorangehenden Werktages benachrichtigen. In der Benachrichtigung sind der voraussichtliche Beginn und das voraussichtliche Ende der Lieferunterbrechung anzugeben sowie der Grund. Ergeben sich nachträgliche Änderungen, insbesondere Verschiebungen oder Veränderungen des Zeitraums der Lieferunterbrechung, ist dies dem Käufer ebenfalls unverzüglich mitzuteilen.
- 6.2 Über unplanmäßige Abschaltungen der Erzeugungsanlage mit wesentlichen Auswirkungen auf die Stromproduktion, insbesondere in Störungsfällen oder Maßnahmen des Einspeisemanagements, wird der Lieferant den Käufer im Nachgang unverzüglich informieren.
- 6.3 Unter einer Unterbrechung mit wesentlichen Auswirkungen auf die Stromproduktion nach den vorstehenden Ziffern 6.1. und 6.2. verstehen die Parteien einen Ausfall von 6 Stunden mit mehr als 30 % der installierten Leistung. In Bezug auf Art und Umfang der bei einer Unterbrechung zu übermittelnden Informationen sind die Vorgaben des Dienstleisters bzw. Hauptstromlieferanten zu beachten.
- 6.4 Sofern dem Käufer oder dem vom Käufer beauftragte Vertreter Fehlfunktionen oder Ausfälle der Erzeugungsanlage bekannt werden, wird er den Lieferanten seinerseits unverzüglich informieren.
- 6.5 Die Benachrichtigung über Lieferunterbrechungen erfolgt per E-Mail oder in einer anderen in dem Leitfadens Kommunikation vorgesehenen Weise.

7. Messung, Datenübertragung

- 7.1 Der Lieferant ist für die Dauer des Vertrages verpflichtet, die eingespeisten Energiemengen durch den Netzbetreiber als grundzuständigen Messstellenbetreiber oder einen Dritten im Einklang mit den Regelungen des EnWG und des MsbG messen zu lassen. Danach erfolgt die Messung derzeit als ¼-stündliche registrierende Leistungsmessung.
- 7.2 Der Lieferant verpflichtet sich, eine Schnittstelle einzurichten und für die Dauer dieses Vertrages in funktionsfähigem Zustand zu erhalten, über die der Lieferant die nach vorstehender Ziffer 7.1. erzeugten Messdaten dem vom Käufer angegebenen Ansprechpartner übertragen kann oder über die der vom Käufer angegebene Ansprechpartner die Messdaten abrufen kann. Der Lieferant wird dem Käufer angegebenen Ansprechpartner auf Anforderung eine Vollmacht für die Abrufung der Ist-Einspeisung erteilen.
- 7.3 Die Parteien tauschen die zur Einrichtung und Inbetriebnahme der Schnittstelle erforderlichen Informationen aus. Störungen oder Ausfälle der Schnittstelle sind einander unverzüglich mitzuteilen. Der Lieferant verpflichtet sich, erkannte Störungen der Schnittstelle unverzüglich zu beheben.
- 7.4 Neben der Leistungsmessung gemäß den vorstehenden Absätzen stellt der Lieferant auf Wunsch eines vom Käufer beauftragten Vertreters dem vom Käufer benannten Kontakt die Minutenwerte aus dem SCADA-System zur Verfügung.
- 7.5 Die Kosten der Messung sowie die alle sonst mit der Datenübertragung zusammenhängenden Kosten trägt der Lieferant.

8. Fernsteuerung

- 8.1 Der Lieferant stattet die Erzeugungsanlage mit einer technischen Einrichtung zur Steuerung der Einspeiseleistung gemäß § 10b EEG 2021 (nachfolgend: Fernsteuerung) aus und hält diese während der Vertragslaufzeit in einem funktionsfähigen Zustand.
- 8.2 Der Lieferant gestattet dem Käufer die Reduzierung der Ist-Einspeisung über die nach vorstehender Ziff. 7.2. vom Lieferanten einzurichtende Schnittstelle. Für die Einrichtung der Schnittstelle gilt Ziff. 7.3. entsprechend.
- 8.3 Kann der Käufer die Einspeiseleistung nicht wie geplant reduzieren, entfällt der Anspruch des Lieferanten auf Vergütung für eine dennoch erfolgte Produktion ab Beginn des Steuerungsversuchs für den geplanten Steuerungszeitraum. Ferner trägt der Lieferant die nachweislich für den Bilanzkreisausgleich entstandenen Kosten. Dies gilt nicht, wenn die Ursache im Verantwortungsbereich des Käufers oder dessen nach diesem Vertrag zu benennenden Vertreters liegt.
- 8.4 Reduziert der Käufer die Einspeiseleistung, ist die für während des Zeitraums der Unterbrechung nicht gelieferte Strommenge (folgend: **Ausfallarbeit**) bei der Ermittlung der Verfügbarkeit nach Ziff. 5. dieses Vertrages so zu behandeln, als wäre die Anlage verfügbar gewesen. Die Menge der Ausfallarbeit ist mit dem Spitz-Light-Verfahren zu ermitteln.

9. Umwelteigenschaft des Stroms

- 9.1 Der Lieferant überträgt dem Käufer oder vom Käufer benannten Vertreter sämtliche Herkunftsnachweise für die gesamte monatlich erzeugte Strommenge („**Herkunftsnachweise**“). Die Übertragung erfolgt spätestens bis zum Ende des zweiten auf den jeweiligen Erzeugungsmonat folgenden Kalendermonats. In jedem Fall hat die Übertragung spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Ende des jeweiligen Erzeugungsmonats zu erfolgen.

- 9.2 Die Parteien verpflichten sich, rechtzeitig vor Lieferbeginn ein Konto beim Herkunftsnachweisregister des Umweltbundesamtes („**Herkunftsnachweiskonto**“) zu eröffnen und dieses während der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Die Parteien gewährleisten, dass sie bei Einrichtung und Führung des Herkunftsnachweiskontos sowie bei der Übertragung der Herkunftsnachweise sämtliche jeweils geltenden gesetzlichen und behördlichen Anforderungen einhalten.
- 9.3 Die Kosten für die Übertragung der Herkunftsnachweise trägt der Lieferant.
- 9.4 Ungeachtet der Verpflichtung zur Übertragung der Herkunftsnachweise sind sich die Parteien einig, dass sämtliche sonstigen Rechte und Vorteile, die sich aus der Umwelteigenschaft des erzeugten Stroms ergeben (z. B. im Rahmen von Nachhaltigkeitsberichterstattung, Bilanzierung nach GHG Protocol, ESG-Ratings o. ä.), ausschließlich dem Käufer zustehen.

10. Batteriespeicher (Option)

- 10.1 Im Rahmen des Vergabeverfahrens hat der Käufer dem Lieferanten die Möglichkeit eingeräumt, einen Batteriespeicher als Option mitanzubieten. Die Installation und der Betrieb des Batteriespeichers durch den Lieferanten sind nur zulässig, sofern sämtliche der nachstehenden technischen und betrieblichen Anforderungen erfüllt werden:
- a) Der Batteriespeicher darf ausschließlich mit elektrischer Energie aus der vertragsgegenständlichen Erzeugungsanlage geladen werden; ein Bezug von elektrischer Energie aus dem öffentlichen Netz ist unzulässig.
 - b) Der Batteriespeicher muss sich örtlich im unmittelbaren Zusammenhang mit der vertragsgegenständlichen Anlage befinden.
 - c) Der Batteriespeicher darf keine Erhöhung der Netzanschlusskapazität zur Folge haben.
 - d) Die nutzbare Speicherkapazität des Batteriespeichers muss je Anlage mindestens 1 MWh (Megawattstunde) betragen.
 - e) Für jeden Netzverknüpfungspunkt muss der Batteriespeicher eine nutzbare Speicherkapazität in Höhe von mindestens 50 % bis maximal 400 % der installierten Leistung der Erzeugungsanlage (in kW) aufweisen. Bei der Berechnung der nutzbaren Speicherkapazität ist die vom Lieferanten anzugebende Mindestentladespannung abziehen.
- 10.2 Der Lieferant stellt sicher, dass ein vom Käufer beauftragter externer Dienstleister zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit hat, den Batteriespeicher fernzusteuern, insbesondere dessen Lade- und Entladevorgänge.
- 10.3 Sofern der Lieferant einen Batteriespeicher gemäß den Anforderungen der Ziffern 10.1 und 10.2 installiert und betreibt, erhält er hierfür zusätzlich zur in Ziffer 12 vereinbarten Vergütung einen Aufschlag in Höhe von 4 Cent pro aus der Batteriespeicher gespeiste Kilowattstunde (kWh). Mit dieser zusätzlichen Vergütung sind sämtliche Energieverluste durch Lade- und Entladevorgänge des Batteriespeichers abgegolten.

11. Pflichten des Käufers

- 11.1 Der Käufer nimmt den von dem Lieferanten gelieferten Strom am Übergabepunkt ab und übernimmt ihn in den von ihm benannten Bilanzkreis des Hauptstromlieferanten. Ferner übernimmt der Käufer die für den gelieferten Strom ausgestellten Herkunftsnachweise. Er zahlt die in Ziff. 12. näher bezeichnete Vergütung.
- 11.2 Der vom Käufer beauftragte Vertreter übernimmt die An- und Abmeldung der Erzeugungsanlage zu und aus dem von ihm benannten Bilanzkreis. Der vom Käufer

beauftragte Vertreter übernimmt die Verwaltung des Bilanzkreises. Der Lieferant erteilt dem vom Käufer benannten Vertreter die dafür etwa erforderlichen Vollmachten. Die Kosten der Führung des Bilanzkreises trägt, der vom Käufer benannte Vertreter.

- 11.3 Der vom Käufer beauftragte Vertreter übernimmt die nach REMIT erforderlichen Meldungen der Transaktionsdaten. Er weist darauf hin, dass eine etwaige Meldung von Fundamentaldaten nach REMIT dem Lieferanten allein obliegt.
- 11.4 Der vom Käufer beauftragte Vertreter wird dem Lieferanten die Informationen zukommen lassen, die notwendig sind, um den Lieferanten in die Lage zu versetzen, den Strom im Einklang mit den Regelungen dieses Vertrages an den Käufer zu liefern.

12. Vergütung

- 12.1 Der Käufer zahlt dem Lieferanten für den gelieferten Strom einschließlich der übertragenen Herkunftsnachweise sowie etwaiger weiterer geldwerter Vorteile aus der Umwelteigenschaft des Stroms die gemäß dem Angebot des Lieferanten vereinbarte Vergütung.
- 12.2 Bei den vorstehend genannten Vergütungen handelt es sich um Nettovergütungen. Die jeweils geltende Umsatzsteuer sowie etwaig weitere gesetzlich vorgeschriebene Abgaben, Umlagen oder Entgelte sind zusätzlich zu entrichten und werden in der Gutschrift gesondert ausgewiesen.
- 12.3 Macht der Käufer oder ein von ihm beauftragter Vertreter von dem vertraglich eingeräumten Recht Gebrauch, die Einspeiseleistung der Erzeugungsanlage zu reduzieren, gelten folgende Regelungen:
 - a. Für die Strommengen, die während einer Einspeisereduzierung nicht geliefert werden, ist keine Vergütung zu zahlen, wenn der börsliche 15 Minutenkontraktpreis (Preiszone Deutschland) am Day-Ahead-Markt der Strombörse EPEX Spot für mindestens eine aufeinanderfolgende 15 Minutenperiode kleiner oder gleich Null ist.
 - b. Sofern der Stundenkontraktpreis am Day-Ahead-Markt während des Zeitraums der Einspeisereduzierung größer als 0,00 EUR/MWh ist, zahlt der Käufer die nach Ziffer 11.1 vereinbarte Vergütung auf Basis der für diesen Zeitraum ermittelten Ausfallarbeit gemäß Ziffer 8.4 dieses Vertrages.
- 12.4 Wird die Einspeiseleistung der Erzeugungsanlage durch den Netzbetreiber – gleich aus welchem Grund – reduziert, entfällt eine Vergütungspflicht des Käufers für die dadurch nicht eingespeiste Strommenge.

13. Abrechnung, Verzug, Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht

- 13.1 Der Lieferant erhält vom Käufer monatlich eine vorläufige Gutschrift. Diese ist jeweils am fünften Werktag des Liefermonats fällig. Die Höhe der vorläufigen Gutschrift berechnet sich auf Basis von 1/12 der im Vertrag vereinbarten Jahresbezugsmenge, multipliziert mit dem in Ziffer 12.1 vereinbarten Preis.
- 13.2 Der Käufer erstellt jeweils zum 30. eines Monats eine endgültige Gutschrift über die im vorangegangenen Kalendermonat tatsächlich gelieferten Strommengen und übertragenen Herkunftsnachweise. Dabei wird die bereits geleistete vorläufige Gutschrift angerechnet. Die Abrechnung erfolgt unter Ausweis der gesetzlichen Umsatzsteuer und Zahlung auf das vom Lieferanten benannte Konto.

Übersteigt die vorläufige Gutschrift die tatsächlich abzurechnenden Beträge (negative Differenz), ist der Differenzbetrag innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang der Gutschrift durch den Lieferanten auf das vom Käufer nachfolgend benannte Konto zu überweisen.

Arverio Baden-Württemberg GmbH
Rotebühlplatz 21-25
70178 Stuttgart
IBAN: DE55 7005 0000 0004 6719 08
IC: BYLADEMMXXX

zu zahlen.

- 13.3 Zur Prüfung der Abrechnung stellt der Käufer oder der vom Käufer beauftragte Vertreter dem Lieferanten auf dessen Wunsch die ihm vom zuständigen Messstellenbetreiber übermittelten Einspeisedaten zur Verfügung. Einwände gegen die Gutschrift sind vom Lieferanten unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Gutschrift schriftlich geltend zu machen.
- 13.4 Gerät der Käufer oder der Lieferant mit der Zahlung der Gutschrift bzw. Rückzahlung einer negativen Gutschrift in Verzug, so sind auf den jeweils offenen Betrag Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB zu zahlen.
- 13.5 Soweit in Ziffer 12.3 nichts Abweichendes geregelt ist, kann eine Partei gegen Ansprüche der anderen Partei nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufrechnen. Gleiches gilt für die Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts.

14. Haftung für Schäden

Die Haftung der Parteien für Schäden ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Dies gilt nicht für Verletzungen des Körpers des Lebens und der Gesundheit sowie für den Verstoß gegen Pflichten, die für die Erfüllung dieses Vertrages wesentlich sind („Kardinalpflichten“).

15. Höhere Gewalt

- 15.1 Höhere Gewalt ist ein außergewöhnliches, betriebsfremdes, von außen durch elementaren Naturkräften oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführtes und nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbares Ereignis, das mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch nach den Umständen äußerste, vernünftigerweise zu erwartender Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden konnte und das auch nicht im Hinblick auf seine Häufigkeit in Kauf genommen werden braucht. Höhere Gewalt sind danach insbesondere Krieg, Umsturz, Unwetter, terroristische Ereignisse.
- 15.2 Ist eine Partei aufgrund höherer Gewalt ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Leistungspflichten gehindert und kommt der Erfüllung ihrer Pflichten deswegen nicht nach, so ist sie für die Dauer des Ereignisses der höheren Gewalt in dem Umfang, in dem die höhere Gewalt die Leistungserbringung verhindert, von ihren Leistungspflichten befreit.
- 15.3 Die Partei, die sich auf die höhere Gewalt beruft, hat die andere Partei unverzüglich über die die höhere Gewalt begründenden Umstände sowie Ausmaß und – soweit möglich – die voraussichtliche Dauer des Ereignisses der höheren Gewalt zu unterrichten. Die Partei, die sich auf Höhere Gewalt beruft, wird die zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages wiederaufzunehmen.

16. Vertragsbeginn, Vertragsdauer

- 16.1 Dieser Vertrag beginnt mit Vertragsschluss.

- 16.2 Die Vertragslaufzeit richtet sich nach dem im Angebot des Auftragnehmers angegebenen Zeitraum. Der Vertrag endet mit Ablauf des dort genannten Datums automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Mit Vertragsende endet zugleich der Lieferzeitraum. Eine ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.

17. Außerordentliche Kündigung

- 17.1 Jede Partei ist berechtigt, diesen Vertrag jederzeit aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist außerordentlich zu kündigen.
- 17.2 Ein wichtiger Grund auf Seiten des Käufers liegt insbesondere vor, wenn:
- a) die Erzeugungsanlage nicht bis zum 01.01.2026 an das öffentliche Stromnetz angeschlossen ist;
 - b) der Lieferant seiner Lieferverpflichtung aus diesem Vertrag aus von ihm zu vertretenden Gründen über einen ununterbrochenen Zeitraum von mehr als 60 Kalendertagen nicht nachkommt, obwohl der Käufer ihn schriftlich und unter Androhung der Kündigung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen zur Wiederaufnahme der Lieferung aufgefordert hat und eine Wiederaufnahme der Lieferung nicht zu erwarten ist;
 - c) der Hauptstromlieferant die Einspeisung von Strom aus Direktvermarktung nicht (mehr) zulässt oder der Hauptstromlieferant wechselt und der neue Hauptstromlieferant die Einspeisung im Rahmen dieses Vertragsmodells nicht akzeptiert.
- 17.3 Ein wichtiger Grund auf Seiten des Lieferanten liegt insbesondere vor, wenn der Käufer seiner Zahlungsverpflichtung trotz schriftlicher Mahnung unter Fristsetzung von mindestens 10 Kalendertagen und Kündigungsandrohung nicht nachkommt.
- 17.4 Beide Parteien sind zur außerordentlichen fristlosen Kündigung insbesondere dann berechtigt, wenn:
- a) in das gesamte Vermögen der jeweils anderen Partei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen eingeleitet wurden;
 - b) die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der anderen Partei beantragt und nicht innerhalb von 10 Werktagen zurückgenommen wurde oder mangels Masse abgelehnt worden ist;
 - c) die andere Partei zahlungsunfähig ist;
 - d) drei aufeinanderfolgende Bonitätsabfragen innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten bei einer anerkannten Auskunft ergeben, dass die Bonität der anderen Partei nachhaltig nicht gewährleistet ist;
 - e) eine Partei infolge höherer Gewalt für mehr als 12 Monate an der Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten gehindert ist.
- 17.5 Die außerordentliche Kündigung bedarf der Schriftform.
- 17.6 Die außerordentliche Kündigung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, zu dem der Käufer die betreffende Erzeugungsanlage – unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Regelungen der Bundesnetzagentur – aus dem Bilanzkreis abmelden kann, dem die betreffende Marktlokation (MaLo) zugeordnet ist („vorzeitiger Kündigungstermin“). Der Käufer wird den Lieferanten unverzüglich nach Zugang der Kündigung über den nächstmöglichen vorzeitigen Kündigungstermin informieren. Bis zu diesem Zeitpunkt gelten die vertraglichen Pflichten der Parteien fort.

18. Rechte wegen Störung der Geschäftsgrundlage

- 18.1 Die Rechte der Parteien für den Fall, dass sich Umstände, die zur Grundlage dieses Vertrages geworden sind, nach Vertragsschluss so schwerwiegend verändern, dass einer Partei unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls das Festhalten am unveränderten Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann („Störung der Geschäftsgrundlage“), richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen (§ 313 BGB). Dies gilt auch für wesentliche Änderungen der rechtlichen oder tatsächlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Belieferung des Bahnstromnetzes.
- 18.2 Die Parteien sind sich einig, dass insbesondere folgende Änderungen keine Störung der Geschäftsgrundlage im Sinne des § 313 BGB darstellen und somit keine Rechte auf Vertragsanpassung oder Kündigung begründen:
- Schwankungen der Börsenstrompreise;
 - Schwankungen des regelzonenübergreifenden einheitlichen Bilanzausgleichsenergiepreises (reBAP);
 - sonstige marktbedingte Preisänderungen.

Nicht als marktbedingt gelten dagegen Änderungen der gesetzlichen oder regulatorischen Rahmenbedingungen; für diese gilt Ziffer 18.1 uneingeschränkt.

19. Rechtsnachfolge

- 19.1 Eine Übertragung dieses Vertrags auf einen Dritten durch einen Vertragspartner bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Ein solcher liegt insbesondere vor, wenn berechtigte Zweifel an der technischen oder wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Eintretenden bestehen.
- 19.2 Die Zustimmung muss schriftlich erfolgen.
- 19.3 Veräußert der Lieferant die vertragsgegenständlichen Erzeugungsanlagen ganz oder teilweise an einen Dritten, hat er vertraglich sicherzustellen, dass der Erwerber sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag übernimmt.

20. Datenschutz

Die Parteien verpflichten sich zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, insbesondere der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO). Die Anlage „EU-DSGVO“ sowie die Datenschutzhinformationen des Käufers (Anlage 2) sind Bestandteil dieses Vertrages. Letztere sind auch unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32016R0679&from=DE> abrufbar.

21. Lieferkettensorgfaltspflicht

Der Auftragnehmer sichert die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung der Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) zu.

22. Vertraulichkeit

- 22.1 Die Vertragspartner verpflichten sich, über den Inhalt dieses Vertrages sowie alle im Zusammenhang mit seiner Durchführung bekannt gewordenen vertraulichen Informationen gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren. Vertrauliche Informationen sind insbesondere rechtliche, wirtschaftliche, steuerliche oder technische Informationen, die gesetzlich geschützt, ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnet oder nach den Umständen als vertraulich erkennbar sind – unabhängig von ihrer Form.
- 22.2 Von der Pflicht zur vertraulichen Behandlung gemäß Ziffer 22.1 sind solche Informationen ausgenommen, bei denen die empfangende Partei nachweist, dass:
- a) die Informationen der empfangenden Partei bereits vor ihrer Offenlegung durch die offenlegende Partei rechtmäßig und ohne Verletzung einer Vertraulichkeitspflicht bekannt waren;
 - b) die Informationen zum Zeitpunkt der Offenlegung durch die offenlegende Partei bereits allgemein zugänglich oder Stand der Technik waren oder dies später werden, ohne dass dies auf einer Verletzung dieses Vertrages oder sonstiger gesetzlicher Pflichten durch die empfangende Partei beruht;
 - c) die Informationen der empfangenden Partei von einem berechtigten Dritten ohne Vertraulichkeitsverpflichtung übermittelt wurden, sofern dieser Dritte seinerseits nicht gegen gesetzliche oder vertragliche Geheimhaltungspflichten verstoßen hat;
 - d) die Offenlegung gesetzlich vorgeschrieben ist oder auf einer behördlichen oder gerichtlichen Anordnung beruht. In einem solchen Fall wird die empfangende Partei – soweit rechtlich zulässig – die offenlegende Partei unverzüglich schriftlich informieren und sich mit ihr über Inhalt und Umfang der Offenlegung abstimmen, um die vertraulichen Informationen so weit wie möglich zu schützen;
 - e) die Weitergabe der vertraulichen Informationen an externe Berater, Wirtschaftsprüfer, Finanzinstitute oder sonstige Dritte erfolgt, sofern dies zur Durchführung oder Finanzierung dieses Vertrages erforderlich ist und der jeweilige Dritte vorab in Textform zur Vertraulichkeit mindestens in gleichem Umfang wie nach diesem Vertrag verpflichtet wurde.
- 22.3 Der Lieferant erklärt sich mit der namentlichen Nennung des Vertragsschlusses zu PR-Zwecken einverstanden. Auf Wunsch des Käufers ist er grundsätzlich bereit, an einem Interviewtermin, ggf. im Umfeld der Erzeugungsanlage, teilzunehmen.
- 22.4 Die Parteien verpflichten sich, einander unverzüglich zu informieren, wenn sie zur Herausgabe vertraulicher Informationen verpflichtet sind.

23. Gerichtsstand

Für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Gerichtsstand Stuttgart, sofern gesetzlich zulässig.

24. Schlussbestimmungen

- 24.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieses Schriftformerfordernisses selbst.

24.2 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam, undurchführbar oder nichtig sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Das gilt auch, wenn sich in dem Vertrag eine Regelungslücke herausstellt.

Anstelle der unwirksamen, undurchführbaren oder nichtigen Regelung verpflichten sich die Parteien, eine solche rechtswirksame Regelung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Gleiches gilt für den Fall einer Vertragslücke: Die Parteien verpflichten sich, eine Regelung zu treffen, die dem wirtschaftlichen Zweck entspricht, den die Parteien nach Sinn und Zweck des Vertrages bei Kenntnis der Regelungslücke verfolgt hätten.

Maßgeblich ist dabei der hypothetische Wille der Parteien zum Zeitpunkt des Vertragschlusses unter Berücksichtigung des gesamten Vertragsinhalts, seiner systematischen Stellung sowie der beiderseitigen Interessen.

24.3 Bestandteile dieses Vertrages sind bei Widersprüchen in der nachstehenden Reihen- und Rangfolge:

- a) dieser Vertragstext;
- b) die sonstigen Vergabeunterlagen;
- c) das Angebot und die weiteren Erklärungen, Aufstellungen und Nachweise des Auftragnehmers im Vergabeverfahren;
- d) die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil B (VOL/B).

Arverio Baden-Württemberg GmbH

[Lieferant]

Ort, Datum

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Name, Unterschrift